

M. S. ABUGANIMA

DIE ARABISCHE FREIHEITSBEWEGUNG UND DIE GEGENWÄRTIGE LAGE IN DEN ARABISCHEN LÄNDERN

Unter dem Titel „Die politische und wirtschaftliche Lage in Syrien und Libanon“ brachte die Londoner „Times“ am 9. April dieses Jahres einen Aufsatz, in dem sich folgende bemerkenswerte Feststellung findet: „Allein was die politische Seite betrifft, hat sich die Lage etwas gebessert, nachdem sie keineswegs beruhigend war.“

Zu diesem Geständnis also muß sich die „Times“ bequemen, nachdem zehn Monate seit der Besetzung Syriens und Libanons durch England dahingegangen sind, nach all den wortreichen Erklärungen Edens und Churchills über die angebliche Unabhängigkeit beider Länder, nach der Anwendung einer Politik gerissener Intrige, wie sie etwa in der Anbiederung an die Drusen und Alauiten zum Ausdruck kommt, und nach der Durchführung der verschiedensten Maßnahmen, die alle den Zweck verfolgen, den Arabern in Syrien und Libanon Gleichberechtigung, Freiheit und Unabhängigkeit vorzutäuschen. All diese politischen Mittel indes sind nur weitere Beweise für die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustandes, und so konnte es dem Berichterstatter nicht verwehrt werden, die bittere Wahrheit mit den erwähnten Worten anzudeuten. Gerade die Wendung, daß sich die Lage „etwas gebessert“ habe, läßt für den mit den Verhältnissen tiefer Vertrauten den Schluß zu, daß sich in Wirklichkeit nichts gebessert hat.

Man wird aber die ganz anders geartete Wirklichkeit in diesen Ländern des Nahen Ostens nicht verstehen können, ohne wenigstens einen flüchtigen Blick auf die politische Entwicklung der arabischen Angelegenheiten im letzten Vierteljahrhundert zu werfen.

Jahrhundertlang war die arabische Nation die unumschränkte Beherrscherin des Orients wie auch eines Bereiches des Okzidents. Ihre Herrschaft erstreckte sich über einen großen Teil der Bevölkerung jener Gebiete, deren Verwaltung in den Händen ihrer Söhne lag. Wenn man sich außerdem den großen Einfluß vergegenwärtigt, den ihre Religion auf hunderte Millionen von Menschen ausübte, so wird man begreifen, daß in der Brust des Arabers ein Gefühl des Stolzes und des Selbstbewußtseins aufkommen mußte, das es ihm unmöglich machte, sich fremder Gewalt zu beugen und eine imperialistische Herrschaft anzuerkennen. Nichts fällt leichter, als an Hand der gewaltigen laufenden Budgets der imperialistischen Mächte den Nachweis für die nationale Haltung der Araber zu erbringen. Wie oft hat man sich in den Parlamenten jener Staaten nicht darüber zu beklagen gehabt, daß die Ausgaben der betreffenden Regierungen die Einnahmen, die sie aus diesen Ländern zogen, bei weitem übertrafen!

Als der Weltkrieg die Araber überraschte, lebten sie als gleichberechtigte Partner im Verbands des Osmanischen Reiches. Es gab arabische Regierungspräsidenten, Minister und Abgeordnete, und sie verfügten zudem über selbständige Verwaltungsbezirke. Sie empfanden daher den Verlust ihrer Selbständigkeit erst als schmerzlich, als die Unionisten an die Macht gelangten, die es auf die Unterjochung der Araber abgesehen hatten. Diesen Augen-

des Bruches der Araber, die nun nach selbständiger Regierung verlangten, mit den Türken nahmen die Alliierten wahr, um den arabischen Unwillen gegen die Türken zu schüren. Es ist jedoch festzuhalten, daß die Araber nur deshalb den Kampf gegen die Türkei aufnahmen, weil sie entschlossen waren, ihre völlige Selbständigkeit zu verwirklichen. Die Vorgänge, die Oberst Lawrence in seinen „Sieben Säulen der Weisheit“ schildert, gehen ausschließlich auf diesen Willen der Araber nach Selbstregierung, Freiheit und Unabhängigkeit zurück. Der Friedensvertrag und das Versailler Diktat machten die arabischen Rechte zunichte und gaben den arabischen Ländern das Gegenteil dessen, was man ihnen versprochen hatte, ja, dank der Balfour-Erklärung wurde eines ihrer Gebiete zu einem jüdischen Nationalheim gemacht. Im Ergebnis eines langwierigen und erschöpfenden Krieges, der die größten Entbehrungen mit sich gebracht hatte, sahen sich die Araber in einer Zwangslage, die mit allem in Widerspruch stand, was sie von jeher erstrebt hatten und was ihnen zugesagt worden war.

So blieb ihnen nichts anderes übrig, als in dieser Zeit der Zersplitterung sich gegen die usurpatorischen Gewalten aufzulehnen. Trotz blutigster Unterdrückung gelang es den fremden Machthabern nicht, den Lebenswillen der sich zur Wehr Setzenden auszulöschen oder wenigstens so weit in Schranken zu halten, daß man die Konsequenzen der Gewaltherrschaft nicht zu fürchten brauchte. Wir sehen daher, wie in der Folge in Syrien, Irak, im Ostjordanland und in Palästina regelmäßig Aufstände aufflackern, mit denen jedes dieser Länder die jeweilige imperialistische Fremdherrschaft zu bekämpfen sucht; die Vorgänge sind so bekannt und dokumentarisch erfaßt, daß es sich hier erübrigt, länger dabei zu verweilen. Was aber hier am meisten in die Augen springt, ist die Tatsache, daß kaum eines dieser Länder sich erhebt, ohne daß ihm die Brüder aus den übrigen Ländern offen oder geheim durch die Lieferung von Geld und Waffen oder durch die Entsendung von Freischärlern sogleich Hilfe leisten. Die jeweiligen Regierungen der Länder sehen sich dann sogar genötigt, einzelne fremde Freiheitskämpfer aus Angst vor unangenehmen Überraschungen seitens der eigenen Bevölkerung innerhalb der Grenzen des betreffenden Mandatsgebietes zu dulden, wie dies die Vorfälle in Palästina während des Aufstandes in Syrien beweisen und umgekehrt. So bildet sich in den arabischen Gebieten der Dauerzustand eines latenten Aufstandes heraus, denn die Bevölkerung bleibt bereit, die Imperialisten so lange anzugreifen, bis sich den Plutokraten die Erkenntnis aufdrängt, daß ihre Mandatskomödie nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden kann.

Nach und nach entschlossen sich diese daher, den ursprünglich eingeschlagenen Weg der Kolonialpolitik aufzugeben. So erkannte England die irakische Selbständigkeit an, Frankreich folgte mit der Anerkennung Syriens und bereitete eine Art Bündnisvertrag mit diesem Lande vor. Selbst das kleine Ostjordanland, dessen Bevölkerung kaum eine halbe Million Dorfbewohner und Beduinen zählt, erhielt das Zugeständnis einer Selbständigkeit von Englands Gnaden. Es hat heute eine eigene Flagge und verfügt über ein selbständiges Heer und sogar über ein Parlament! Auch um die Lösung der Palästinafrage bemühte sich England schließlich, um die Gunst der Araber zu gewinnen. All diese politischen Kunstgriffe und Machenschaften vermochten jedoch den eingeweihten Araber nicht im geringsten zu täuschen. Er blieb seiner Überzeugung treu, daß seine Heimat ein ungeteiltes Ganzes bildet und daß die durch Federstrich oder Grenzsteine errichteten Schranken nicht imstande sind, die Gefühle, Neigungen und wirtschaftlichen Beziehungen, die die Araber verbinden, aufzuheben. Keiner dieser Versuche vermochte daher die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Wer sich aber von den Einheimischen mit derartigen Lösungen der Frage abgab, der wurde vom Unwillen des Volkes hinweggelegt. So wurden die nationalen Zielsetzungen Gemeingut aller Araber,

und die Stimme des Volkes erhob sich gleich einem vaterländischen Gesang, den der Student ebenso wie der Bauer, der Kaufmann ebenso wie der Gelehrte anstimmte.

Als Beispiel für diese Entwicklung sei auf die Partei des Nationalblocks hingewiesen, die in Syrien die größte politische Körperschaft bildete und sich des allgemeinen Vertrauens der Bevölkerung erfreute. Als sie sich aber darauf einließ, mit den Franzosen über die syrische Unabhängigkeit zu verhandeln, ohne dabei auf die gesamtarabische Einigung bedacht zu sein oder mindestens gewisse Voraussetzungen für sie zu schaffen, ging sie schon nach wenigen Monaten aus den Wahlen geschwächt hervor, so daß ihr das Steuer der Regierung aus den Händen entglitt. Der Mandatarmacht selbst bereitete dieses klägliche Ende ernste Sorgen.

Die wohlerwogenen und seit langem vorbereiteten Zielsetzungen aller arabischer Einzelländer umfassen demnach zwei Hauptpunkte: Einigkeit und Unabhängigkeit. Was die letztere betrifft, so handelt es sich nicht lediglich um die Erkenntnis einer unabwiesbaren allgemeinen Notwendigkeit, sondern vielmehr um einen in der arabischen Tradition tief verankerten Begriff. Was aber die Forderung nach Einigkeit angeht, so muß sie jedem Araber notwendig einleuchten, wenn er auf die Nachbarvölker blickt und erkennt, daß auch nach der Erfüllung dieser Forderung sein Volk die Acht- bis Neunmillionengrenze kaum überschreiten wird. Bei ihrer Lage inmitten bevölkerungsstarker Nachbarn, die sie an Bevölkerungsdichte übertreffen, handelt es sich für die arabische Nation hierbei wohl um eine Mindestziffer.

Solange diese beiden Hauptforderungen der arabischen Freiheitsbewegung nicht erfüllt worden sind, werden die von den Arabern bewohnten Gebiete vulkanischer Boden bleiben. Aus diesem Grunde mußte der Times-Korrespondent seiner Zeitung die oben erwähnten Worte drahten. Wenn er dennoch eine gewisse Besserung feststellen zu können glaubt, so besteht diese lediglich in seiner Einbildung; der arabischen Öffentlichkeit ist sie unbekannt geblieben. Wir brauchen in diesem Zusammenhang beispielsweise nur auf die Meldung des DNB, vom 3. Juni hinzuweisen, wonach die britischen Behörden mit Hauptfilialen in Damascus, Jerusalem und Bagdad in allen Ländern des Orients Propagandastellen gegründet haben, die sich bemühen, das Ansehen des Großmufti von Jerusalem zu untergraben. Wir wundern uns darüber nicht, denn der Großmufti ist die Seele der arabischen Freiheitsbewegung, und die britischen Machenschaften richten sich gegen die Ideale, für die er unerbittlich kämpft: die arabische Einigkeit und Selbständigkeit.

England steht hinsichtlich der Bekämpfung der arabischen Einigkeit und des sich immer weiter verbreitenden Gedankens der arabischen Selbständigkeit an der Spitze aller imperialistischen Mächte. Seine Politik kam bereits in dem berüchtigten Sykes-Picot-Abkommen unmißverständlich zum Ausdruck, auf Grund dessen die arabischen Länder in einzelne Mandate zerstückelt wurden. England ist es, das den verhängnisvollen Balfour-Plan hervorgebracht hat, nach dem Palästina in ein jüdisches Nationalheim verwandelt werden soll, von wo aus dann die Juden ihren Einfluß auf sämtliche Gebiete der arabischen Halbinsel auszuweiten gedenken. England ist es, das das Ostjordanland zu einer Hochburg britisch-plutokratischer Bestrebungen gemacht hat. All diese britischen Umtriebe verfolgen nur immer das eine Ziel, die arabischen Länder voneinander abzuriegeln und das arabische Volk zu zersetzen. Immer wieder war es England, das die natürlichen Forderungen der Araber zu hintertreiben verstand. Es ist noch in aller Erinnerung, daß Frankreich im vorigen Jahre — noch vor dem Einzug der Briten — sich bereit erklärt hatte, die syrische Unabhängigkeit anzuerkennen; England erteilte darauf seinem Strohmann Nuri Said den Auftrag, sich in diese Angelegenheit zu mischen, und Nuri Said begab sich daraufhin gehorsam über Ankara nach Beirut, um das Zustandekommen der syrischen Unabhängigkeit zu hintertreiben.

Als erster hat der Großmufti die allgemeine Aufmerksamkeit auf die britischen Machen-

schaften gegen die arabische Freiheit und Einigkeit gelenkt. Es ist sein Hauptverdienst, mit großem diplomatischen Geschick die arabisch-mohammedanische Welt über ihren plutokratischen Feind aufgeklärt zu haben, so daß nach und nach die drohende Haltung der Araber und Mohammedaner zu einem Alpdruck für die britische Kolonialpolitik geworden ist. Die heutige feindselige Haltung der Mohammedaner Syriens, Libanons, Iraks, Ägyptens und Indiens geht wesentlich auf die unermüdliche Arbeit des Großmufti zurück, der die Machtgier und Unersättlichkeit Englands insbesondere gegenüber den Arabern enthüllt hat.

Es ist daher kein Wunder, daß die Briten ihn als ihren gefährlichsten Feind in den arabischen Ländern betrachten, und daß sie es für nötig halten, Propagandastellen zu begründen, um seine Arbeit und seine Ideale zu bekämpfen, die doch nur die Hochziele der gesamten arabischen Freiheitsbewegung sind. Unbeirrt setzen die Araber indes ihren Weg fort, in dem festen Entschluß, nicht eher zu ruhen, als bis sie ihre Einigkeit und Freiheit errungen haben.

HORST VON METZSCH ZWEI WELTBILDER

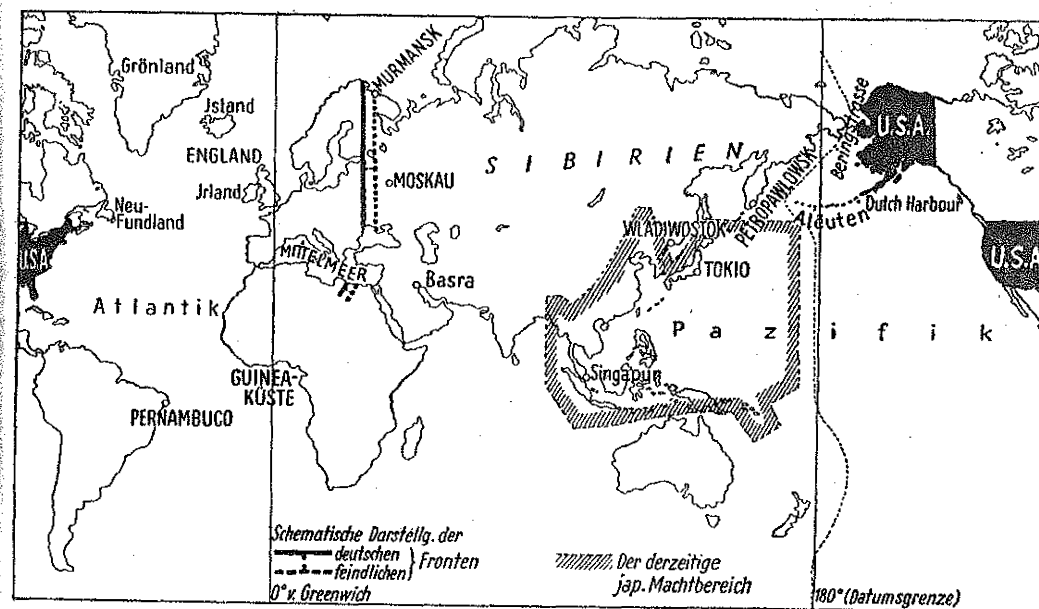
Es ist erstaunlich, wie matt im deutschen Bewußtsein der unerhört aggressive Imperialismus der USA. gelebt hat, der sich heute unter Roosevelt offenbart. Erst neuerdings ist die Aufklärung über die unersättliche US.-amerikanische Gier nach imperialistischer Macht und kapitalistischem Gewinn etwas mehr in die Breite gegangen. Vortreffliche Bücher wie Wirsings „Der maßlose Kontinent“ oder „Die Stützpunktpolitik der USA.“ von Siewert haben viel dazu beigetragen. Aber vorher, ehe der kriegerische Zusammenprall mit den Vereinigten Staaten begann, haben sich Millionen Deutscher keine Vorstellung gemacht von der Leidenschaft, mit welcher der Yankee den Weltherrschaftsgedanken ergreift. Und zwar um so mehr, je mehr er sich dabei im Dienste einer Sendung glaubt, deren Kerninhalt ist, den britischen Imperialismus nicht nur abzulösen, sondern zu übertrumpfen.

Wir versuchen, das durch eine Weltkarte zu erläutern, von deren Rändern eine atlantische und eine pazifische Küstenfront der USA. den übrigen vier Erdteilen — also der ganzen nichtamerikanischen Welt! — zugewandt ist. Denn so denkt der US.-amerikanische Imperialist von heute. Er fühlt sich weniger im Monroesinne geschützt durch zwei Ozeane als vielmehr berufen, über diese hinweg auf den jenseitigen Ufern Fuß zu fassen. Er begehrt das um so mehr, je mehr das britische Empire zu wanken scheint, also von den USA. wenigstens insoweit gestützt werden soll, daß Großbritannien ein brauchbarer Brückenkopf gegen Europa bleibt und Australien eine ähnliche Rolle gegen Japan übernehmen kann.

Damit aber das neue US.-amerikanische Empiregerüst bereits stehe, wenn das alte britische fällt, betreibt Roosevelt mit ebenso ruhe- wie skrupelloser Hast, daß das Sternbanner heute so ziemlich in allen Zonen und Breiten flattert.

Freilich nicht überall mit viel Hintergrund. Oft sogar über reichlich viel Bluff.

Zuweilen sind die Sternbannerträger nur Generäle ohne Truppen. Oder es sind Truppen ohne nennenswerte Stärke. Mancherorts sind es technische Kommissionen, militärische Missionen, auch Bautrupps für Straßen-, Bahn-, Flughafen- und Schiffshafenbauten. Zu schweigen von dem bunten Register politischer Kredite, wirtschaftlicher Investitionen und großartiger Ausbeutungspläne, um die der Amerikaner niemals verlegen war. Wir verzichten



im großen kommt es uns an, so wie es sich in den Köpfen US.-amerikanischer Imperialisten malt.

Und zwar auch in solchen, die keineswegs getreue oder gar begeisterte Knappen ihres kriegshustigen Präsidenten sind. Gibt es doch US.-Amerikaner von Belang, wie zum Beispiel Mahan, genug, die schon lange in die Richtung eines weltbeherrschenden Imperialismus